

- 1 -

Antrag

der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland

zum

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

Punkt 2 der 558. Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 1986

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat stellt mit Bedauern fest, daß der Bundeshaushalt 1986 auch nach Abschluß der Beratungen im Deutschen Bundestag kaum Ansätze zu einer wirkungsvollen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zur Lösung der drängenden Umweltprobleme sowie zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit enthält. Die Bundesregierung wird ihren eigenen Ankündigungen und Versprechungen sowohl hier als auch in anderen Bereichen nicht gerecht. Ein Ende der Lastenverlagerung auf die Haushalte von Ländern und Gemeinden ist nicht absehbar.
2. Die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist weiterhin von Einfallsllosigkeit gekennzeichnet. Auch 1986 und in den Folgejahren werden über 2 Millionen Menschen ohne Arbeit sein. Gleichwohl setzt die Bundesregierung nach wie vor lediglich auf wirtschaftliches Wachstum. Das allein reicht jedoch zur Beseitigung des Problems der Massenarbeitslosigkeit nicht aus. Neben Arbeitszeitverkürzungen sind beschäftigungsfördernde Maßnahmen notwendiger denn je. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung deshalb auf, das Programm "Arbeit und Umwelt" zu verwirklichen. Demgegenüber wird der Bund den beschäftigungspolitischen Erfordernissen nicht gerecht; er senkt die Investitionen gegenüber dem Vorjahr sogar um 800 Mio DM. Damit erreicht die Investitionsquote einen neuerlichen Tiefstand von 13,1 v.H..
3. Die Politik der Lastenverlagerung vom Bund auf Länder und Gemeinden droht durch die für die nächste Legislaturperiode angekündigten Steuersenkungspläne fortgesetzt zu werden. Die Konsolidierungsmaßnahmen von Ländern und Gemeinden werden dadurch konterkariert.

...

4. Ohnehin tritt bei der Bewertung der Finanzpolitik der Bundesregierung vor dem Hintergrund eigener Ankündigung Ernüchterung ein:

- Der Schuldenstand des Bundes wird 1986 trotz knapp 50 Milliarden DM vereinnahmter Bundesbankgewinne für die Jahre 1983 - 1986 mehr als 400 Milliarden DM betragen und damit um 108 Milliarden DM höher liegen als Ende 1982.
- Das Volumen der Steuervergünstigungen nimmt von Jahr zu Jahr weiter zu.

5. Zusammenfassend stellt der Bundesrat fest:

Der Bundeshaushalt wird den beschäftigungs- und sozialpolitischen sowie den wirtschafts- und finanzpolitischen Erfordernissen auch im Jahre 1986 wiederum nicht gerecht.